

Antrag 4



Jedes Kind soll schwimmen lernen!

*„Laut dem Kuratorium für Verkehrssicherheit sind in Österreich etwa 118.000 Kinder im Alter von fünf bis neun Jahren Nichtschwimmer und weitere 39.000 Kinder sind sehr unsichere Schwimmer. **Diese alarmierenden Zahlen geben Anlass zur Sorge.**“*

Leider ist es nicht mehr selbstverständlich, dass Kinder und Jugendliche schwimmen können und in der Schule schwimmen lernen. Wir wollen den negativen Trend brechen, die Schwimmkompetenz unserer Kinder ganz gezielt fördern und dadurch einen **sicheren und sorgenfreien Badespaß** ermöglichen. Wir haben in Österreich eine Schwimm- und Badetradition, die nicht verloren gehen darf.

Das Thema Sicherheit habe dabei höchste Priorität. Ertrinken sei die zweithäufigste Ursache bei tödlichen Kinderunfällen, und es ist kein Thema, welches man nur auf ein Bundesland beschränken sollte, sondern in ganz Österreich, die Sicherheit unserer Kinder, betrifft.“

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die Österreichische Bundesregierung auf, ein österreichweites Konzept für Gratis-Schwimmkurse für alle Kinder ab 4 Jahren zu erarbeiten und umzusetzen.

KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
08.05.2025

Für
Arbeiter und **A**ngestellte

Antrag 5



Mobilität darf nicht zum Luxus werden!

Im Namen der Erreichung der Klimaziele ist individuelle Mobilität in Österreich zu einem untragbaren Luxus geworden. Seit 2021 sind die Kosten für Autofahrer um fast 26% gestiegen. Ein durchschnittlicher PKW kostet mittlerweile 680 € / Monat – also rd. 30% des durchschnittlichen Einkommens! Besonders hart trifft es Pendler, die häufig auf das Auto angewiesen sind.

Die Preistreiber sind unübersehbar: Kraftstoffe haben sich seit 2021 um satte 44% verteuert. Dies ist nicht nur das Ergebnis globaler Marktentwicklungen, sondern auch einer massiven Erhöhung staatlicher Abgaben (CO₂-Steuer, Mineralölsteuer). Hinzu kommen die Erhöhungen bei der motorbezogenen Versicherungssteuer und der Normverbrauchsabgabe (NoVA). Da die Bruttolöhne im Schnitt nur um 17,4 % gestiegen sind, ist der PKW für viele kaum mehr leistbar.

Für die ländliche Bevölkerung gibt es oft keine Alternativen zum Auto. Die öffentliche Verkehrsanbindung ist unzureichend, und ohne individuelle Mobilität ist der Alltag bzw. der Weg von und zur Arbeit kaum bewältigbar. Laut dem nationalen Klimaplan soll es den Autofahrern, die bereits jetzt „die Melkkuh der Nation“ sind, weiter „an den Kragen gehen“.

Der Hilferuf der ländlichen Bevölkerung darf nicht ungehört bleiben. Es ist höchste Zeit, gemeinsam für eine faire Mobilität eintreten – damit Autofahren nicht zum Luxusgut wird!

Die Vollversammlung der steirischen Arbeiterkammer fordert daher die Bundesregierung auf, dass nach Alternativen zur Erreichung der Klimaziele 2030 gesucht wird, die ohne weitere massive Belastungen für die Autofahrer auskommen.

KR Mag. Harald Korschelt, e.h.
Fraktionsobmann FA
11.03.2025

Antrag 6

Mangel an Gynäkolog:innen in der Steiermark sofort beheben

Zurzeit sind in der Steiermark von 52 Kassenarztstellen für **Frauenheilkunde und Geburtshilfe 9 unbesetzt**.

Die Praxis-Schwerpunkte liegen auf Vorbeugung, Diagnose und Behandlung von **speziellen Erkrankungen der Frau**. Außerdem betreut der Frauenarzt Schwangere, überwacht Geburten und den Verlauf im Wochenbett. Das breite Spektrum der Gynäkologinnen und der Gynäkologen umfasst unter anderem die Beratung zur Familienplanung, die Behandlung von Erkrankungen, die Überwachung von Entbindungen und die Therapie von Krebspatientinnen.

Diese kurze Aufzählung beweist, dass eine Substitution durch praktische Ärztinnen und Ärzte nur in Teilbereichen möglich ist.

Da fast 20% der Kassenstellen für Frauenheilkunde nicht besetzt sind, entstehen lange Wartezeiten, die das Wohl von hunderten von Patientinnen gefährdet. Verschärft wird das Problem durch die Zugangsbeschränkungen zum Studium der Humanmedizin.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Steirische Landesregierung auf, unverzüglich Maßnahmen zu setzen, um diesen Mangel zu beheben.

KR Mag. Harald Korschelt e.h.
Fraktionsobmann FA
8.5.2025

Für
Arbeiter und **A**ngestellte

Antrag 7

Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertreter:innen im Aufsichtsrat

§ 92 Abs 4 AktG und vergleichbare Regelungen (GmbH-Gesetz etc.) lauten: Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte einen oder mehrere Ausschüsse bestellen, namentlich zu dem Zweck, seine Verhandlungen und seine Beschlüsse vorzubereiten oder die Ausführung seiner Beschlüsse zu überwachen. Die gemäß § 110 ArbVG in den Aufsichtsrat entsandten **Mitglieder des Betriebsrates haben Anspruch darauf**, dass in jedem Ausschuss des Aufsichtsrates mindestens ein von ihnen namhaft gemachtes Mitglied Sitz und Stimme hat.

Die Materialien zum § 110 Abs 4 ArbVG führen nämlich aus, dass in den Ausschüssen des Aufsichtsrates die Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter mit Ausnahme des Ausschusses, der die Rechtsstellung der Vorstandmitglieder behandelt, ebenfalls zu einem Drittel beteiligt sind. Diese Ausnahme betrifft nur die schuldrechtlichen Beziehungen des Vorstandsmitgliedes mit der Gesellschaft. **Dies erscheint unter den heutigen Transparenzregeln als nicht mehr zeitgemäß.**

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Österreichische Bundesregierung auf, dem Nationalrat einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem der § 110 Abs 4 ArbVG und damit im Zusammenhang stehende gesellschaftliche Regelungen dahingehend geändert werden, dass den Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertretern, in allen Ausschüssen Sitz und Stimme ohne Ausnahme gesetzlich zuerkannt wird.

KR Mag. Harald Korschelt e.h.
Fraktionsobmann FA
8.5.2025

Für

Arbeiter und **A**ngestellte

DA 2



Nicht bei den Familien und Kindern sparen!

Seit 2023 werden alle Sozialleistungen jährlich an die Teuerung angepasst. Die Valorisierung, das heißt Anpassung an die Inflation, von bestimmten Sozialleistungen wurde von der vorherigen Bundesregierung am 14. September 2022 beschlossen.

Unter einer Valorisierung versteht man die Anpassung eines Wertes an die Teuerungsrate. Seit 2023 werden also Leistungen wie die Familienbeihilfe, der Mehrkindzuschlag, der Unterhaltsabsetzbetrag, der Alleinverdienerabsetzbetrag, der Pensionistenabsetzbetrag, der Kinderabsetzbetrag, das Kinderbetreuungsgeld, die Studienbeihilfe und das Reha-, Kranken-, Wiedereingliederungs- und Umschulungsgeld jährlich an die Teuerung angepasst – also jährlich um einen bestimmten Wert erhöht. Seit wenigen Tagen berichten Medien, dass die derzeitige Regierung von ÖVP, SPÖ und NEOS auch bei den Familien sparen will und zwar soll die Valorisierung für zwei Jahre ausgesetzt werden. Bei den Familienleistungen könnten neben Kinderabsetzbetrag und Familienbeihilfe auch der Mehrkindzuschlag (ab dem dritten Kind), das Kinderbetreuungsgeld und der Familienzeitbonus bzw. "Papamonat" **künftig nicht mehr an die Inflation angepasst werden.**

Kinder sind die Zukunft unseres Landes! Unsere Familien haben schon genug mit den Teuerungen jeden Tag zu kämpfen. Diese Einführung der Valorisierung zugunsten unserer Familien war das einzig Positive, welches die Vorgängerregierung in ihrer Amtszeit zustande gebracht hat.

Gleichzeitig hat sie aber auch das größte Budget-Defizit Österreichs zu verantworten. Wir alle wissen, eine Aussetzung bedeutet gleichzeitig einen kompletten Stopp dieser jährlichen Erhöhung! Lassen wir nicht zu, dass die Regierung auch bei den Kleinsten in unserem Land den Sparstift ansetzt und gleichzeitig dafür verantwortlich ist, die teuerste und größte aufgeblähte Regierung aller Zeiten installiert zu haben.

Die Zeichen sind fatal. Die Bevölkerung versteht, dass eingespart werden muss, aber die Einsparungen sollen an den richtigen Stellen passieren – **Familien mit Kindern zählen nicht dazu!**

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die österreichische Bundesregierung auf, von den geplanten Kürzungen bei Familien und Kindern sofort Abstand zunehmen.

KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
08.05.2025

Für
Arbeiter und **A**ngestellte